

M

MEINUNG

Tageskommentar

Suche nach der Wahrheit

Pierina Hassler
über das neue Sexualstrafrecht



Mann und Frau wollen Sex. Bevor sie ihrer Lust freien Lauf lassen, bittet er sie um ein schriftliches Einverständnis. Sie unterschreibt und erlebt danach den blanken Horror. Der Typ missbraucht die Frau aufs Gröbste. Eine wahre Geschichte? Nein! Eine Szene aus einem Fernsehkrimi. Es ging nicht um das neue schweizerische Sexualstrafrecht, aber um die Diskussion, die dahinter steht: Nur Ja heisst Ja! Oder die sogenannte Zustimmungslösung. Sex muss unter gleichberechtigten Partnern im gegenseitigen Einverständnis stattfinden. Alles andere ist Vergewaltigung. Menschenrechts- und Frauenorganisationen sowie eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung wollen mit der «Ja heisst Ja»-Lösung genau das im neuen Sexualstrafrecht verankern. Die Rede ist auch von einer Handy-App, in der beide Partner ihr Ja dokumentieren können.

Ist das tatsächlich die Lösung? Ein Screenshot oder ein Zettel mit den Worten «Ja ich will Sex»? Mit einer Unterschrift beglaubigt? Und wenn dann doch Missbrauch passiert wie im TV-Kimi? Was dann? Die missbrauchte Person fühlt sich kein bisschen besser, und die Verurteilung von Vergewaltigern wird vor Gericht auch nicht einfacher. Auch ein Freispruch nicht. Bei der Zustimmungslösung muss das Gericht beispielsweise klären, wie das Einverständnis zustande gekommen ist. Waren Alkohol oder Drogen im Spiel? Wurde die Zustimmung erzwungen? Wer nämlich Macht ausübt, kommt auch zu einer Unterschrift – ob auf dem Handy oder per Zettel.

Die Suche nach der Wahrheit wird für das Gericht deshalb nicht weniger kompliziert. Die «Ja heisst Ja»-Lösung ändert daran nichts. Dennoch ist es wichtig, dass die Zustimmungslösung im Gesetz festgeschrieben wird. Es stärkt die Rolle der Opfer. Und es hält fest, dass nur eine Person über den eigenen Körper bestimmen kann. **Bericht Seite 3**

@ Pierina Hassler, Redaktorin
pierina.hassler@somedia.ch

IMPRESSUM

südostschweiz
Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG
Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert
Chefredaktion Reto Furter (Leiter Chefredaktion), Philipp Wyss (Chefredaktor Online/Zeitung); Mitglieder der Chefredaktion: Daniel Sager (Leiter TV), Jürgen Törkott (Leiter Radio), Astrid Tschullik (Leiterin Digital)
Kundenservice/Abo Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion AG
Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 66 466 Exemplare, davon verkaufte Auflage 63 906 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2021)
Reichweite 142 000 Leserinnen und Leser (MACH-Basis 2022-1) Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50
E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch; kultur@suedostschweiz.ch; nachrichten@suedostschweiz.ch; sport@suedostschweiz.ch; forum@suedostschweiz.ch
© Somedia

Berner Politik

Die Gesundheitskosten stehen im Fokus

Martin Candinas*
über die Sommersession der eidgenössischen Räte



Am Montag beginnt die Sommersession der eidgenössischen Räte in Bern. Im Nationalrat debattieren wir über zwei Volksinitiativen zu den Gesundheitskosten.

Eine linke Initiative befasst sich mit der Verteilung der Gesundheitskosten. Maximal zehn Prozent des Einkommens sollen für die Krankenkassenprämien eingesetzt werden müssen. Es geht somit nicht um die Frage, ob Kosten verhindert werden können, sondern nur darum, wer welche Kosten bezahlen soll. Nur weil nicht alle Kantone eine gleich grosszügige Lösung bei der Prämienverbilligung haben, muss nicht der Bund aktiv werden. Besteht Handlungsbedarf, soll diesem in den Kantonen aktiv begegnet werden. Einmal mehr geht es der Linken also nicht um effektive Problemlösung, sondern primär um Umverteilung. Ein indirekter Gegenvorschlag ist ein Versuch, dem Anliegen ein bisschen entgegenzukommen. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht den

kleinen Finger geben und am Schluss die Hand verlieren.

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, die Prämien sind immer ein Spiegelbild der Gesundheitssystem eines der besten der Welt ist, sind die immer weiter steigenden Gesundheitskosten seit Jahren eines der grössten Probleme unseres Landes. Vor allem junge Familien und Rentner haben deswegen immer häufiger Mühe, ihre Prämien zu bezahlen. Kein Wunder: Seit 1996 sind die Krankenkassenprämien um das 2,5-Fache gestiegen, obwohl die Löhne teuerungsbereinigt seither kaum höher wurden. Die ansteigende Inflation verstärkt das Problem und zeigt den dringenden Handlungsbedarf. Es gäbe Wege, das Problem endlich in den Griff zu bekommen. Gemäss Studien könnten ohne Qualitätseinbusse bis zu sechs Milliarden Franken in der obligatorischen Krankenversicherung eingespart werden.

Aus diesem Grund müssen wir das Problem an der Wurzel packen und bei den Kosten ansetzen. Die Volksinitiative der Mitte-Partei will eine Kostenbremse im Gesundheitswesen einführen. Die Kosten im Gesundheitswesen sollen dank wirksamen Anreizen nicht stärker steigen als die Entwicklung der schweizerischen Gesamtwirtschaft und die durchschnittlichen Löhne. Wenn dies binnen zwei Jahren

nach Annahme unserer Initiative nicht gelingt, müssen Massnahmen ergriffen werden. Gefragt sind aber nicht nur Bundesrat und Parlament, sondern auch die anderen Akteure im Gesundheitswesen. So lange Ärzte, Spitäler, Krankenkassen und die Kantone vor allem nur für sich schauen, wird das Gesundheitswesen nicht reformiert. Die Dauerblockade muss im Sinn der Bevölkerung endlich überwunden werden. Die Kostenbremse-Initiative bleibt die beste Lösung!

Auch wenn mich die Gesundheitspolitik nach wie vor interessiert, werde ich mich zum ersten Mal in einer Session des Nationalrates in Bern überhaupt nicht zu Wort melden. In den letzten zwei Sessions vor der voraussichtlichen Übernahme des Ratspräsidiums zu Beginn der Wintersession ist es angebracht, sich langsam an das Präsidialjahr anzugewöhnen und somit mehr den Fokus auf die Ratsleitung und weniger auf die aktive politische Debatte im Rat zu setzen. Auch wenn mir das irgendwie schwerfällt, freue ich mich natürlich sehr auf die bevorstehende Aufgabe und auf eine vorübergehende Zurückhaltung im Nationalrat. Eine klare Meinung zu den politischen Themen bilde ich mir trotzdem!

* Martin Candinas ist Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.

Des Rätsels Lösung



Die Evangelisch-reformierte Kirche in Domat/Ems mit ihrem markanten offenen Glockenturm bildet die Lösung des Bilderrätsels von dieser Woche.

Bild Livia Mauerhofer

Follow me

TWEET
DES TAGES

«Wie viel von den guten Gläsern haben wir noch?»

«Fünf. Tendenz fallend.»

@vonNordenher

TOPSTORYS
ONLINE

1 **Eishockey-WM:** Schweizer ungeschlagen und als Gruppensieger in den Viertelfinals.

2 **Bei Davos Glaris:** Zug touchiert auf Gleisen liegenden Töff.

3 **Bei Martina:** 1400 Franken Busse wegen 6000 Zigaretten.

WIR HATTEN
GEFRAGT

Erwarten Sie vom WEF konkrete Resultate?

85 %
Nein

15 %
Ja

Stand: Vortag 18 Uhr
Stimmen: 827

FRAGE
DES TAGES

Erledigen Sie Reparaturen im Haushalt selbst?

Abstimmen auf [suedostschweiz.ch](https://www.suedostschweiz.ch). Haben auch Sie eine Frage? Senden Sie Ihren Vorschlag an forum@suedostschweiz.ch